Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

31.3.1922 (No. 77)

Visual Library

№ 77 Freitag, den 31. März 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 5515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 ℳ — Einzelnummer 50 ℳ — Anzeigengebühr: 1.— ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Beschwerden von Eisenbahnbeamten

** Die in der Landtagssitzung vom 1. März vom badischen Finanzminister in Aussicht gestellte Besprechung in Berlin wegen endlicher Behebung der Beschwerden von badischen Eisenbahnbeamten über Einstufung in die Besoldungsordnung und die Änderung der Berechnung des Besoldungsdienstalters einzelner Beamtengruppen hat am Donnerstag, 30. März, in Berlin unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Wirth und in Anwesenheit des Reichsverkehrsministers, des Reichsfinanzministers und des badischen Finanzministers stattgefunden. Es wurden die einzelnen Beschwerdepunkte durchgesprochen und die beiderseitige Auffassung über die Rechtslage eingehend erörtert.

Die Reichsregierung wird ihre endgültige Stellungnahme der badischen Regierung baldigst mitteilen.

Aufhebung der Zwangswirtschaft in Benzol.

** Durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 21. März 1922 ist die Zwangswirtschaft für Benzol und deren Homologen mit Wirkung vom 1. April 1922 aufgehoben worden. Die in den Händen der Verbraucher befindlichen Bezugsscheine sollen im Lauf des Monats April noch beliefert werden, soweit sie nicht nach den bestehenden Richtlinien verfallen sind. Neuausstellungen von Bezugsscheinen konnten seit 20. März 1922 nicht mehr erfolgen.

* Das Vertrauensvotum.

Das Vertrauensvotum bezw. der Antrag, der die Erklärungen der Reichsregierung billigt, ist mit einer Mehrheit angenommen worden, die so stark ist, daß sie den Reichskanzler und das Kabinett instand setzt, mit aller Ruhe und Zuversicht die weiteren Verhandlungen mit unseren bisherigen Gegnern, zugleich aber auch die Verhandlungen auf der Konferenz in Genua zu führen. 248 Stimmen sind für den Vertrauensantrag abgegeben worden, und nur 81 Abgeordnete — es waren die Deutschnationalen und einige Kommunisten — haben dagegen gestimmt. 43 Unabhängige und einige Kommunisten haben sich der Stimme enthalten. Der Mißtrauensantrag der Deutschnationalen aber ist sogar mit 312 Stimmen gegen 60 Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt worden. Die Reichsregierung stützt sich also auf das Vertrauen der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Das Vertrauensvotum ist umso beachtenswerter, als in den letzten Tagen von seiten der Deutschnationalen alles versucht worden ist, um dem Kabinett ein Bein zu stellen und die Bildung einer großen Mehrheit für das Kabinett zu verhindern. Eine Zeit lang schien es so, als ob diesen Quertreibereien ein Erfolg beschieden sein könnte: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei machte allerlei Schwierigkeiten. Sie wollte nur einem solchen Antrag zustimmen, der sich auf die Stellungnahme der Reichsregierung zu der Entscheidung der Reparationskommission beziehe, eine Pauschalbilligung der gesamten Außenpolitik des Reichskanzlers jedoch ablehnen.

Wenn das Reichsparlament, wie unser Volk schlechthin, in der Handhabung parlamentarischer Bräuche gewandter wäre, als das tatsächlich der Fall ist, hätte es zu den infolge der Haltung der Deutschen Volkspartei heraufbeschworenen Auseinandersetzungen gar nicht kommen können. Es war ja eigentlich selbstverständlich, daß sich der Vertrauensantrag lediglich auf die Politik beziehen konnte, die das Reichskabinett in der gerade aktuellen Frage befolgte. Zu spitzfindigen Unterscheidungen und Verwahrungen lag sonach kein Anlaß vor. Nun, wir wollen froh sein, daß schließlich eine Einigung herbeigeführt wurde. Ganz sind diese letzten Endes auf Wörtklauberei hinauslaufenden Widersprüche allerdings nicht beseitigt worden. Wir brauchen indessen diese Widersprüche nicht gar zu ernst zu nehmen. Der Deutschen Volkspartei, die seinerzeit grundsätzlich gegen die Erfüllungspolitik des Reichskanzlers war, muß es naturgemäß schwer fallen, ihre heutige Politik mit früheren Erklärungen in Einklang zu bringen.

Unser politisch noch wenig geschultes Volk vergißt leider immer wieder, daß beinahe ein jeder Tag sein besonderes politisches Gesicht hat, und daß es die Aufgabe der Realpolitik ist, sich jeweils den besonderen Erfordernissen des Tages anzupassen. Dabei braucht die Grundüberzeugung durchaus nicht geopfert zu werden. Die Deutschnationalen versuchen nun bei einer jeden Gelegenheit, der Deutschen Volkspartei Wähler abspenstig zu machen mit dem Hinweis darauf, daß die Deutsche Volkspartei ihre Auffassung gewandelt habe und nicht zuverlässig sei. Wenn diese Art der Agitation bei einzelnen Wählern wirklich Eindruck macht, so liegt das an dem eben erwähnten Umstand, daß diese Wähler Politik vom doktrinären Standpunkt aus treiben und die realen Bedürfnisse des Tages einfach ignorieren. Eine große Partei aber, die heute eine derartige Politik treibt, schaltet sich damit ganz von selbst von der aktiven Teilnahme an der Gestaltung der nationalen Geschicke aus und trägt gleichzeitig dazu bei, daß die Herstellung einer nationalen Einheitsfront, wie sie unsere unglückliche Lage erfordert, unmöglich gemacht wird. Es war sonach richtig, und zweckmäßig gehandelt, daß die Deutsche Volkspartei — genau wie beim Steuerkompromiß — die zwingenden Notwendigkeiten der augenblicklichen Situation erkannte und sich, wenn auch mit einigen taktischen Vorbehalten, hinter die Reichsregierung stellte.

Ganz anders war dagegen die Haltung der Deutschnationalen. Sie scherten sich auch diesmal den Kukkuck um die Notlage des Reiches und erblickten ihre vornehmste Aufgabe darin, die nationale Einheit zu gefährden. Und so ist es denn gekommen, daß gerade der Führer der Bayerischen Volkspartei, also einer Partei, zu der die Deutschnationalen in Bayern noch immer recht gute Beziehungen unterhalten, gestern mit ein paar überaus scharfen, aber den Nagel auf den Kopf treffenden Worten mit den Deutschnationalen abgerechnet hat. Was Domkapitular Leicht gestern den Deutschnationalen gesagt hat, bedeutet nichts anderes, als die Feststellung, daß diese Partei kein Verständnis besitzt für die nationalen Bedürfnisse des Augenblicks und daß sie es ist, die in allererster Linie das Zusammenwachsen des ganzen Volkes zu einer nationalen Einheit verhindert. Die Deutschnationalen werden eine solche Feststellung, zumal aus solchem Munde, nur schwer verdauen können; sie werden sie aber hinnehmen müssen als eine verdiente Zurechtweisung und Bloßstellung, deren Berechtigung die erdrückende Mehrheit unseres Volkes unterschreibt!

Vertrauensvotum für die Reichsregierung.

In der gestrigen Reichstagssitzung wurde die Aussprache über die Regierungserklärung zur Reparationsnote zu Ende geführt. Sie brachte der Regierung Wirth ein **Vertrauensvotum** des Reichstags. Über die Sitzung wird berichtet: Zur Beratung steht zunächst ein **Antrag aller Parteien** mit Ausnahme der Unabhängigen und der Kommunisten, der den Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung insofern eine erhöhte Unterstützung zuwenden will, als das Gesamteinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente oder eines Ruhegehaltes jährlich 4800 betragen soll, während die Witwenrente auf 3300 und die Waisenrente auf 2000 M. festgesetzt wird.

Abg. **Karsten** (USP.) fordert, daß in allen Fällen Rechtsanspruch auf die Unterstützung gewährt wird, und die Frage der Würdigkeit und Bedürftigkeit außer Betracht bleibt. Auch die Höhe des Zuschusses sei völlig ungenügend.

Im Laufe der Debatte betont Ministerialdirektor Dr. **Ritter**, daß die Finanzlage uns zwinge, uns in den Grenzen des Antrages zu halten: der Antrag Karsten würde uns 10 Milliarden kosten.

Abg. **Karsten** (USP.) bezweifelt, ob die Höhe dieser Summe zutreffe.

Der Antrag Karsten wird abgelehnt, der gemeinsame Antrag aller Parteien in erster und zweiter Lesung angenommen. Die endgültige Erledigung in dritter Lesung scheitert an dem Widerspruch des Abg. Karsten.

Präsident Löbe stellt dieses fest mit dem Bemerken, daß es dadurch unmöglich gemacht werde, die Invaliden noch zum 1. April die Zuwendungen zu machen (Hört! hört!).

Darauf wird die **Besprechung der Regierungserklärung** fortgesetzt.

Abg. **Leicht** (Bayer. Vp.) bedauert, daß bei unseren Gegnern noch nichts von einem wahren Friedenssinn und dem Wunsche nach einem raschen Wiederaufbau zu spüren ist; es zeige sich nur immer wieder der Geist des Hasses.

Abg. **Leicht** (Bayr. Vp.): Wir begrüßen es, daß der Reichskanzler sofort mit den **Ministerpräsidenten der Länder** Fühlung genommen hat und daß sich **Einmütigkeit** gezeigt hat in der Auffassung über die Unmöglichkeit der Erfüllung der gestellten Forderungen und bezüglich des unwürdigen und entehrenden Charakters des Tones des Begleitschreibens. Redner bedauert, daß diese Einmütigkeit sich nicht auch im Reichstag zeigte und polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Breitscheidt über die Beseitigung der einzelnen Bundesstaaten. Wie soll denn gespart werden? Etwa durch Streichung der Säuglingsfürsorge oder der neuen Zulage für Angestellte, Beamte und Arbeiter? Verschärft die Entente noch die Gefahren, die die neue Steuerteuerungswelle über unser Land bringt, so dürfen Unruhe und Empörung an den Grenzen Deutschlands nicht Halt machen. Wollen also die, die Europas Geschicke lenken, dafür sorgen, daß nicht statt Friede und Wiederaufbau Haß und Untergang das Schicksal Europas werde.

Abg. Dr. **Levy** (Komm. Arbeitsgemeinschaft) drückt seine Freude über die Wandlung in den Anschauungen Stresemanns und Rathenaus gegenüber Rußland aus.

Abg. **Frölich** (Komm.) nennt unsere bisherige Erfüllungspolitik eine Ausplünderung der deutschen Wirtschaft und insbesondere der Arbeiterschaft. Daran trägt die Sozialdemokratie die Mitschuld. Trotz der veränderten Ansichten Rathenaus und der reinen Vertreter des internationalen Kapitalismus fordern wir eine klare Stellungnahme zur deutsch-russischen Politik.

Während der fast zweistündigen Ausführungen des Abg. Frölich ist ein **Antrag Marx** (Zentr.) und Gen. eingegangen, der Reichstag wolle beschließen:

Der Reichstag verwahrt sich gegen die in der Note der Reparationskommission vom 21. März 1922 dem deutschen Volke angesonnenen unerträglichen Forderungen und billigt daher die von der Reichsregierung zu dieser Note abgegebenen Erklärungen.

Ferner liegt das **Mißtrauensvotum der Deutschnationalen** vor. Die Deutschnationalen beantragen ferner, in dem Zentrumsantrag den letzten Satz zu streichen. — Ein weiterer Zusatzantrag der Deutschnationalen zum Zentrumsantrag wendet sich gegen die Angriffe der Reparationskommission auf die Souveränität des Deutschen Reiches und gegen die Deutschland auferlegten Kontributionsleistungen.

Die **Kommunisten** stellen zum deutschnationalen Antrag den Abänderungsantrag, alle übrigen Teil zu streichen und nur zu sagen: Der Reichstag versagt der Regierung das Vertrauen, dessen sie zur Führung der Geschäfte bedarf.

Abg. **Hergt** (D.-Natl.) begründet die Anträge seiner Fraktion damit, daß die von ihm gewünschte Klarstellung zur Frage der Reparationsleistungen und wegen des Schutzes des Privatbesitzes nicht erfolgt sei.

Abg. **Henke** (Unabh.) betont in der Erklärung, seiner Partei, daß sie die gegenwärtig zur Entscheidung stehende Außenpolitik der Regierung Wirth in der großen Linie zwar billige, insbesondere den angedrohten Eingriff in die deutsche Finanzhoheit und die Kontrolle über die deutsche Wirtschaft als unerträglich halte; daß aber die innerpolitische Fundamentierung dieser Außenpolitik, insbesondere durch das Steuerkompromiß mit der großkapitalistischen Volkspartei schärfsten Widerspruch herausfordere. Seine Partei lehnt daher den Mißtrauensantrag der Deutschnationalen ab, wird sich dagegen gegenüber dem Antrag Hergt der Stimme enthalten.

Abg. Dr. **Stresemann** (D. Vp.) bedauert, daß die Deutschnationalen in einer solchen Situation so weitgehende Anträge eingereicht haben, da es notwendig sei, hinter das Nein der Regierung eine möglichst breite Front des Reichstags und des deutschen Volkes zu setzen. Seine Partei stimme den Anträgen zu, lehne aber alle Abänderungsanträge ab.

Abg. **Koenen** (Kom.) betont, seine Partei wolle Klarheit der Wirthpolitik, die die Erfüllung auf Kosten der Arbeiter unterstützen wolle. Daher beantrage seine Partei ein klares Mißtrauensvotum.

Abg. Dr. **Levy** (komm. Arbeitsgem.) lehnt das Mißtrauensvotum ab.

Abg. **Schulz-Bromberg** (D. Ntl.) begründet die späte Einbringung der deutschnationalen Anträge damit, daß der Zentrumsantrag selbst erst kurze Zeit vorliege. Seine Partei sehe in dem Zentrumsantrag weniger ein Vertrauensvotum als die Umgehung eines Vertrauensvotums. Deshalb wäre eine Vertagung zweckmäßiger, um eine Einigung zu suchen.

Nachdem die Abg. **Wels** (Soz.) und **Marx** (Zentr.) alle Abänderungsanträge zum Zentrumsantrag abgelehnt und erklärt haben, daß eine Teilung des Vertrauensvotums nicht möglich sei, spricht sich Abg. Dr. **Stresemann** (D. Vp.) gegen den Gedanken einer Vertagung aus und betrachtet den Antrag ebenfalls als ein unteilbares Ganzes. Der Antrag will der Reichsregierung die Möglichkeit geben, bei den außenpolitischen Situationen, die sich vorbereiten, sich auf diese Zustimmung stützen zu können. In diesem Sinne haben wir dem Antrag Marx zuzustimmen. Andere prinzipielle Fragen müssen ausscheiden. Ich bedauere, daß die Deutschnationalen es nicht verstehen, in einem solchen Augenblick ebenso zu handeln. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Leicht** (bayer. Vp.) bedauert, daß man Zwietracht in die Reihen derjenigen Kreise bringen wolle, welche dem Ernst der Situation gerecht werden wollen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Unruhe und Protest bei den Deutschnationalen.) Der Ernst der Situation, den ich in meiner Rede gekennzeichnet habe und dem auch Dr. Stresemann gerecht geworden ist, verlangt, daß in solchen Augenblicken, wo es sich um die Entscheidung über Deutschlands Zukunft handelt und unsere Abordnung nach Genua geht, die Regierung eine Mehrheit erhält, die sie dort braucht. (Stürmische Unterbrechungen rechts und Zurufe des Abg. Hellferich. Zurufe der Kommunisten: Schweigen Sie, Sie Verbrecher! Die Abg. Künstler und Hoffmann werden deshalb zur Ordnung gerufen.)

Die **kommunistischen Anträge** als ein glattes Mißtrauensvotum finden **nicht genügend Unterstützung**. Der **Zusatz der Deutschnationalen** zum Zentrumsantrag wird mit 312 gegen 60 Stimmen **abgelehnt**, ebenso die **deutschnationalen Abänderungsanträge** zum Zentrumsantrag mit 302 gegen 60 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen. Der **Antrag Marx** wird schließlich **mit 248 gegen 81 Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen.**

Es folgt die **zweite Lesung des Nachtrags zum Besoldungsgesetz.**

Abg. **de Gerk** (DNatl.) befürwortet einen Abänderungsantrag seiner Partei, der über die Ausschußbeschlüsse in einigen Punkten hinausgeht.

Finanzminister. Dr. **Hermes** bedauert, daß nach den ausführlichen Verhandlungen im Ausschuß der Vorredner nochmals mit neuen Wünschen komme. Die Regierungsvorlage

Mit einer Beilage: 28. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

habe schon 30 Milliarden gefordert, die Ausschußbeschlüsse seien um etwa 20 Milliarden darüber hinausgegangen, der Antrag Degler würde noch 12 Milliarden mehr ausmachen. Er bittet daher um Annahme der Ausschußbeschlüsse.

Abg. **Bender** (S.) bittet, bald neue Verhandlungen zu eröffnen, um der Beamtenenot abzuhelfen.

Abg. **Beuermann** (Dt. Vp.) bedauert gleichfalls das Vorgehen des Abg. De Glerk und beklagt daß sich die Beamten zum Teil in eine unwürdige Abhängigkeit von den Gewerkschaften begeben hätten.

Abg. **Bräunig** (U.S.) befürwortet bei den untersten Gehaltsstufen eine Erhöhung der Gehaltszulage auf 20 Proz.

Während Abg. **Schultz** (Dem.) sich von der Annahme der Ausschußbeschlüsse eine Beruhigung in der Beamtenschaft verspricht, richtet Abg. Heydemann (K.) die heftigsten Angriffe gegen die Regierung, die nichts weiter sei, als ein Arbeitsausschuß des Kapitals.

Nachdem noch Abg. **Allekotte** (Zentr.) sich für die Ausschußbeschlüsse eingesetzt hat, wird die Vorlage unter Ablehnung aller Abänderungsanträge nach den Beschlüssen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Entwurf über Änderung des Pensionsergänzungsgesetzes und des Wehrmachtbesoldungsgesetzes wird in zweiter Lesung erledigt, ebenso das Kohlensteuergesetz in dritter Lesung. Da Abg. Höllein (K.) die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifelt, schlägt Präsident Loebe vor, die Abstimmung auf morgen zu verschieben. Das Haus schließt sich dem Vorschlage an.

Freitag nachmittag 1 Uhr: Anfragen, dritte Lesungen und Abstimmung zum Kohlensteuergesetz.

Die Autonomie der Reichsbank

Aus **Berlin** wird uns geschrieben:

In dem Memorandum vom 27. Januar, das die Reichsregierung der Reparationskommission hat zugehen lassen, ist in Erfüllung einer Forderung der Entente ein Gesetzentwurf angekündigt worden, nach dem die enge Verbindung des deutschen Zentralnoteninstituts, der Reichsbank, mit der Reichsregierung gelöst werden soll. Der Ankündigung entsprechend ist der Entwurf vor kurzem, **vor** den neuen Forderungen der Reparationskommission, zur parlamentarischen Beratung übergeben worden. Zunächst hat sich der Reichswirtschaftsrat mit ihm zu befassen.

Hätte nicht die Entente die Änderung des Rechtsverhältnisses der Reichsbank zur Reichsregierung verlangt, so würde in Deutschland sicher niemand auf den Gedanken gekommen sein, ihr eine selbständigere Stellung zu geben. Denn die Bank hat bisher allen an sie gestellten Anforderungen aufs beste entsprochen. Sie hat sich zu allen Zeiten, namentlich aber während des Krieges und auch seitdem, durchaus bewährt. An ihrer Leitung ist auch nicht das geringste auszusetzen. Der Reichskanzler hatte allerdings das Recht, auf ihre Geschäftsführung Einfluß zu nehmen. Er war befugt, dem Reichsbankdirektorium allgemeine Anweisungen zu erteilen und in Einzelheiten der Verwaltung einzugreifen. Tatsächlich aber ist nie von dem Recht Gebrauch gemacht worden. Gleichwohl glaubt man in den maßgebenden Ententekreisen, daß die Aufhebung dieses Rechtes und damit die Verleihung einer größeren Selbständigkeit an das Zentralgeldinstitut dieses dazu drängen werde, von sich aus auf die Einstellung der Notenpresse zu drängen, auf welche Weise dann allmählich die deutsche Mark sich von ihrem Tiefstand erholen werde. Diese Entwicklung wäre gewiß sehr zu wünschen, es kann aber nicht übersehen werden, daß die große Notenflut zum allergrößten Teile auf das **Übermaß** der Deutschland **auferlegten Reparationslasten** zurückzuführen ist. Die Reichseinnahmen reichten bisher nicht im entferntesten für die Riesensummen aus, die aufgebracht werden mußten. Und die Dekadenzahlungen und die neuen irrsinnigen Forderungen der Reparationskommission haben erneut einen katastrophalen Sturz der Mark herbeigeführt. Dieser Marksturz schlägt, wie die „Daily Chronicle" so schön sagt, dem deutschen Budget vollkommen den Boden ein und bringt alle finanziellen Vorkehrungen in Unordnung und Zusammenbruch. Wie soll da mit einem baldigen Abbau der Inflationspolitik zu rechnen sein?

Würde die Reichsbank sich weigern, dem Geldbedarf des Reiches weiter durch Notenausgabe Rechnung zu tragen, so würde es dazu kommen, daß eines Tages Beamten und Arbeitern kein Gehalt und kein Lohn gezahlt werden könnte. Soll aber die Notenpresse zum Stillstand kommen, so gibt es dafür nur ein wirksames Mittel, und das ist die **Anpassung der Reparationszahlungen an die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes**, die Verhütung der fortgesetzten Verringerung der Substanz des deutschen Volksvermögens. Solange die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse unverändert bleiben, wird die autonome Reichsbank ebensowenig wie die nominell vom Reichskanzler geleitete, die schädliche Papiergeldwirtschaft beseitigen und eine andere Notenemissionspolitik treiben können.

Trotz dieser Erkenntnis war die Reichsregierung zur Veranlassung einer Änderung ihres Rechtsverhältnisses zur Reichsbank genötigt, — in Verfolg ihrer Politik. Nach dem Entwurf bleibt der Charakter der Reichsbank als einer ausschließlich auf Privatkapital gegründeten und selbständigen, vom Reichsfiskus unabhängigen juristischen Person unverändert. Die Leitung geht aber vom Reichskanzler auf das Direktorium über, das seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit faßt. Der Vorsitzende des Direktoriums, der Reichsbankpräsident, wird wie bisher vom Reichspräsidenten ernannt, aber der Unterschied ist der, daß fortan das Direktorium nach gutachtlicher Äußerung des Zentralausschusses dem Reichskanzler über die zu ernennende Persönlichkeit einen Vorschlag mit dem Ersuchen unterbreitet, ihn dem Reichsrat zur Beschlußfassung zu übermitteln. Das Recht, die übrigen Beamtenstellen zu besetzen, wird dem Reichsbankpräsidenten übertragen. Das ist das Wesentliche des Gesetzentwurfes. Nachteilige Folgen für die Finanzwirtschaft des Reiches sind aus ihm nicht zu befürchten.

Politische Neuigkeiten.

Vor Genua.

Chamberlain hat im englischen Unterhause den Wortlaut der **Entschließung** mitgeteilt, die **Lloyd George** am nächsten Montag dem Unterhaus **vorlegen wird.** Sie lautet wie folgt: „Das Haus **billigt die Resolution,** die der Oberste Rat in **Cannes** als Grundlage der Konferenz von Genua angenommen hat und wird die Regierung Seiner Majestät bei dem Versuch, ihr Wirksamkeit zu verschaffen, unterstützen."

Weiter teilte Chamberlain mit, daß sich mit **Lloyd George nach Genua** begeben werden: vom Foreign Office 20 Personen, vom Handelsamt 23, vom Schatzamt 15, vom Sekretariat des Premierministers 8 und von den Kabinettsämtern 25. Die Zahlen können sich aber noch verändern. In Erwiderung einer Anfrage teilte Chamberlain noch mit, daß Lord Riddel kein offizielles Mitglied der Delegation sei. Es werde keinerlei besonderer **polizeilicher Schutz** von England mitgeschickt. Die Aufrechterhaltung der Ordnung zwischen den Faszisten und Kommunisten sei Sache der italienischen Regierung.

Lord **Eustache Percy** fragte, ob es Tatsache sei, daß die Frage der **Reparation** endgültig von dem Programm der Konferenz von Genua ausgeschlossen werde. Chamberlain erwiderte, er sei nicht in der Lage das Programm der Konferenz von Genua zu erörtern. Das müsse dem Premierminister am Montag überlassen bleiben. Auf eine weitere Anfrage teilte Chamberlain mit, der Stand der Staatsgeschäfte lasse eine zweitägige Debatte über Genua nicht zu.

Harmsworth teilte auf eine Anfrage im Unterhaus mit, die britische Regierung hätte keine Veranlassung, mit der Sowjetregierung über die Frage der Konferenz von Genua zu verhandeln. Die Einladungen an die auswärtigen Regierungen ergingen von der italienischen Regierung. Harmsworth teilte ferner mit, daß weder Balfour noch der britische Botschafter in Washington bezüglich der Pläne der Konferenz von Genua auf der Zusammenkunft des Obersten Rates am 6. Januar um Rat gefragt wurden. Auf eine weitere Anfrage, ob daraus geschlossen werden müsse, daß die britische Regierung keinerlei Schritte unternommen habe, um die Vereinigten Staaten zu sondieren, bevor sie zu diesem Entschlusse gelangte und ob sie Balfour oder die amerikanische Regierung davon unterrichtete, daß eine Einladung nach Genua erfolge, wurde von Harmsworth keine Antwort erteilt.

Zum Referentenentwurf über die Lehrerbildung.

* Die **Finanzminister der deutschen Länder** faßten, wie wir aus Berlin erfahren, in ihrer am 28. d. Mts. im preußischen Finanzministerium abgehaltenen Besprechung eine an die Reichsregierung gerichtete Entschließung, in der sie auf die schwerwiegenden Folgen hinweisen, die zur Zeit der Weiterführung der in dem Referentententwurf über die Lehrerbildung zum Ausdruck kommenden Pläne der Reichsregierung unüberwindbar entgegenstehen. Die **Länder** seien nicht in der Lage, ihrerseits einen Aufwand von mehreren **Milliarden** jährlich für eine derartige Maßnahme zu tragen, die in gegenwärtiger Zeit der ernstesten Bedrohung der Fortexistenz des Reichs und der Länder nicht als Lebensnotwendigkeit anerkannt werden könne. Es könnte nur in Frage kommen, daß **das Reich** die Mehrkosten übernähme; die Finanzminister bezweifeln jedoch, daß das Reich unter den derzeitigen Umständen dies bindend zusichern könne. Sie erklären die alsbaldige diesbezügliche **Klarstellung** und gegebenenfalls eine rückhaltlose Erklärung des Reiches über die derzeitige Unmöglichkeit der Verwirklichung dieses Programmpunktes der Reichsverfassung für nötig. Des weiteren widersprechen die Finanzminister mit allem Nachdruck dem Standpunkt des Reichsministeriums des Innern, daß auch auf anderen Gebieten die Durchführung der Artikel 142 bis 150 der Reichsverfassung in finanzieller Hinsicht ausschließlich Sache der Länder sei, da dieser Standpunkt weder rechtlich begründet sei, noch den den Ländern verbliebenen Möglichkeiten Rechnung trage. Im letzten Teil der Entschließung kommt der dringende Wunsch der Finanzminister zum Ausdruck, daß, im Hinblick auf den schweren Druck der finanziellen Lage, in punkto gesetzgeberischer und sonstiger allgemeiner Anregungen des Reichsministeriums des Innern, deren Durchführung unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen nicht erwartet werden könne, tatsächlich die größte Zurückhaltung geübt werde.

Aushebung eines russischen Monarchisten-Kongresses in Berlin.

Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Miljukow, dem Senator Rabokow zum Opfer fiel, scheint die Aushebung eines Restaurants am **Nollendorfplatz** zu stehen, in dem gestern vormittag **dreißig Russen** verhaftet wurden. Die Russen, die sich dem Besitzer des Restaurants als angebliche Vertreter russischer Zeitungen in Deutschland ausgegeben hatten, in Wirklichkeit aber **russische Monarchisten** sind, kamen seit drei Tagen jeden Vormittag um 10 Uhr zusammen und hielten bis etwa 1 Uhr ihre streng geschlossenen Sitzungen ab. Am ersten Sitzungstage erschien ein russisch sprechender Beamter der politischen Polizei in der Versammlung und hörte sich die Vorträge mit an. Später erschien er dann nicht mehr. Gestern vormittag drangen Polizeibeamte um 12 Uhr in den Sitzungssaal und forderten die anwesenden Russen auf, sich mit ihnen aufs Polizeipräsidium zu begeben, wo sie zur Stunde vernommen werden.

*

Die **Unabhängige Fraktion des preußischen Landtags** hat zu dem Attentat auf den früheren russischen Außenminister Miljukow eine **Anfrage** eingebracht, in der darauf hingewiesen wird, daß nach den polizeilichen Feststellungen die Attentäter aus **München** nach Berlin gekommen seien, um hier ihr Verbrechen auszuüben. Das Attentat stehe zweifellos in Verbindung mit den monarchistischen Treibereien in Bayern, wo die russischen Zaristen sich seit Jahr und Tag der Gunst der Behörden erfreuten. An dem soeben in Berlin abgehaltenen russischen Monarchistenkongreß hätten nachweisbar auch führende deutsche Monarchisten teilgenommen. Die preußische Staatsregierung wird deshalb gefragt, was sie zu tun gedenke, um diesen gemeingefährlichen Treibereien, die das **Zusammenwirken der russischen und der deutschen Monarchisten** erneut aufdeckten und die eine schwere Gefahr für die Sicherheit **der deutschen Republik** bildeten, mit aller Entschiedenheit entgegenzuwirken.

Geschlossener Rücktritt der „Freiheit"-Redaktion.

Der Parteirat der Unabhängigen tagte am vergangenen Freitag, um zu den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der unabhängigen Sozialdemokratie, die besonders dadurch zum Ausdruck kamen, daß die Redaktion der „Freiheit" dem radikalen Flügel nicht folgte, Stellung zu nehmen. Die von dem Parteirat erwartete Verständigungsformel wurde nicht gefunden. Nach der „Freiheit" ist folgender Beschluß gefaßt worden:

„Zentralleitung, Parteirat und Kontrollkommission haben in wiederholten Beratungen mit der Redaktion der „Freiheit" versucht, eine einheitliche Auffassung über die politische Haltung unserer Partei und deren Vertretung nach außen hin herbeizuführen.

Tanzabend Gertrud Schoop.

Gertrud Schoop, eine Züricher Tänzerin, die am Mittwoch im Künstlerhaus einen Tanzabend gab, ist weder durch Figur noch Temperament zu Terpsichores leichter Kunst prädestiniert. Ihr Körper besitzt weder Anmut noch Elastizität, und ihre tänzerischen Darbietungen entspringen nicht einem von Lebenslust überschäumenden Herzen. Sie arbeitet mit Verstand und Energie und hat es damit schon recht weit gebracht. Ihr Körper ist tadellos trainiert und erstaunlich beweglich, und ihre Tanzfiguren, die sich genau an die musikalischen Motive halten, sind recht klug aneinandergereiht und spiegeln einen sinnfälligen Vorgang, was dem Publikum besonders gut gefällt. Denn das Publikum, und wohl ganz besonders das deutsche Publikum, will vor allem verstehen, was getanzt wird. Daher haben wohl auch Mac Dowells „Blind", Chopins „Baum im Sturm", Rachmaninoffs „Sklave", Schuberts „Rabe" so gut gefallen. Man hatte immer einen klaren, verständigen Vorgang vor Augen. Aber ist das denn die Hauptsache beim Tanz. Das ist die Aufgabe der Pantomime, diese Deutung eines Vorgangs durch Gebärden. Der Tanz will weniger und doch viel mehr, weniger Überlegung aber mehr Seele, keine sklavische Kopie, sondern Ausdruck der innersten Empfindung, die durch die Musik ausgelöst wird, beschwingt durch Temperament. Gertrud Schoop ist der Typus des schweren schweizer blonden Schlags. Da wo die Musik locken, wo sie alle Fesseln sprengen soll, so daß der Künstler seine ganze Leidenschaft im Tanz, in einem Aufschwung des Körpers ausleben soll, da blieb eine Leere, ein Zwang, eine Gebundenheit. Nur der Körper tanzte, aber die Begeisterung, der Elan fehlte, es fehlte das Aufgehen des Menschen in der Musik, es fehlte das Blut, die Seele. Aber eine Seite des Tanzes entspricht ihrem Naturell: das grotesk-drollige. Die Kinderszenen „Springinsfeld" und „Wichtige Begebenheit" waren sozusagen aus dem Erlebnis heraus gestaltet. Vielleicht spezialisiert sich Gertrud Schoop einmal nach dieser Richtung.

H. R—r.

Dantes „Vita Nuova" Deutsch.

Von Will Scheller.

Ein so zartes Buch aus derart derber Zeit, wie der Bericht Dantes über seine Liebe zu Beatrice, hat an sich schon ein Anrecht darauf, auch der Nachwelt wirksam erhalten zu werden. Von den bisherigen Übertragungen des „Neuen Lebens" in die deutsche Sprache ist indes nicht zu behaupten, daß sie eine Wirksamkeit besäßen, die der Bedeutung des Werkes entspricht. Diese Übertragungen sind, alles in allem, vergebliche Versuche, im Umgangsdeutsch der Gegenwart die unerhörte Gefühlssteigerung des Originals wiederzugeben. Was in diesem als leidenschaftliche Sammlung aller Sinne und geistigen Fähigkeiten auf das eine Erlebnis erscheint, vermag in jenen nicht über den Eindruck erotischer und stilistischer Seltsamkeit hinauszukommen. Die Folge ist, daß ihnen die starke Ausstrahlung auf das Gemüt des Lesers versagt bleibt, welche der Niederschrift des Dichters ursprünglich eignet. Nun hat Rudolf Borchardt gelegentlich eines Referats über Dante-Verdeutschungen nicht nur eine ungewöhnliche Kenntnis des Materials und der aus ihm sich ergebenden Aufgaben bekundet, sondern auch auf den Kernpunkt des Problems hingedeutet mit den Worten: „daß Dante ein mittelalterlicher Dichter in jeder Sprache bleiben muß, in die man ihn übersetzt". Mit anderen Worten: die sprachliche Form der Dante-Verdeutschungen ist verfehlt, wenn sie den sprachlichen Charakter der betreffenden Dichtung durch Anwendung alltäglicher, neuzeitlicher Begriffe und Ausdrücke verflacht. Die Wahrung dieses ursprünglichen sprachlichen Charakters ist nicht nur notwendig, weil Dante in der Entwicklung der italienischen Sprache einen schöpferischen Wendepunkt bedeutet, sondern auch und vor allem, weil das Erlebnis, auf das es hier ankommt, in den sprachlichen Charakter seiner Gestaltung Wesentliches hineingelegt hat. Auf diesen Erwägungen beruht Borchardts Versuch, mit seinem „Dantes Vita Nuova Deutsch" (Ernst Rowohlt, Verlag, Leipzig), dem „Neuen Leben" Dantes in archaisierendem Deutsch das zu erhalten, was Übersetzungsversuche in „modernem Deutsch" nicht erhalten konnten. Nachdem einige Erzählwerke, mittelalterlichen Stoffes wegen in archaisierendem Deutsche geschrieben (Kolbenheyer, Graedener), starke Wirkungen erzielt haben, wird Borchardts Unternehmen auf ein hinreichendes Verständnis der in Betracht kommenden Leser gewiß rechnen können. Jedenfalls wirkt infolge des Zwanges, Wort für Wort mit innerer und äußerer Konzentration in sich aufzunehmen, den Satzbau sorgfältigst zu beachten, das Ganze wesentlich eindrucksveller und nachhaltiger, als die glatten, zum Teil süßlichen Versuche neuhochdeutscher Prägung von sich zu rühmen in der Lage sind. Die ungeheure seelische Spannung, von der das Erlebnis Beatrice erfüllt ist, das Dasein des Dichters bis zum Ende beherrschend, findet in der schwerflüssigen Diktion dieser Verdeutschung eine adäquate Wiedergabe, wie sie bisher mit nichten erfolgt ist. Wer die „Göttliche Komödie" verstehen will —, soweit ein Mensch von heute dieses Werk überhaupt verstehen kann —, der wird sein Ziel nicht erreichen, wenn er es nicht auf dem Weg über die Vita Nuova erreicht. Denn sie ist der Schlüssel zu dem gesamtmenschlichen Wesen, das in der Commedia seinen menschheitlichen, welthistorischen Ausdruck gefunden hat. Es hatte längst den Anschein, daß die dichterische, besser gesagt, sprachliche Vergangenheit des deutschen Volkes in der unumgänglichen Verdeutschung Dantes liegenden Aufgaben nicht gewachsen war. Nun mehren sich die Zeichen, daß die Zeit sich erfüllt; Stefan Georges „Dante-Stellen" haben das Tor gebrochen, durch welches Licht über und in diese Dinge flutet. Von diesem Licht ist starker Widerschein in Borchardts Arbeit zu bemerken, deren Wert nicht besser zu bestimmen ist, als mit dieser Feststellung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zentralleitung, Parteirat und Kontrollkommission können sich ein gedeihliches Wirken der Redaktion der „Freiheit" für die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung nur dann versprechen, wenn die Redaktion der „Freiheit" in Zukunft klar und entschieden die Politik vertritt, die im Einklang steht mit den Parteitagsbeschlüssen, insbesondere mit dem Manifest des Leipziger Parteitags."

Die Redaktion der „Freiheit" versieht diese Resolution mit einer aufklärenden Bemerkung und sagt dann zum Schluß: „Die Redaktion erblickt in diesem Beschluß der zentralen Körperschaften den Vorwurf, daß sie bisher eine Politik vertreten hat, die nicht im Einklang mit den Parteitagsbeschlüssen, insbesondere dem Manifest des Leipziger Parteitags steht. Die Redaktion teilt diese Auffassung nicht. Sie erblickt darin ein Mißtrauensvotum der zentralen Körperschaften, aus dem sie die nötigen Konsequenzen ziehen wird."

Die sozialdemokratische „Freib. Volkswacht" bemerkt dazu: „Allgemein wird angenommen, daß außer den Führern der Opposition innerhalb der Partei, Dr. **Hilferding** und Dr. **Hertz**, auch Dr. **Breitscheidt** und andere sich bald wieder in den Reihen der SPD. einfinden werden. Inwieweit das zutrifft, muß die Zukunft lehren."

1000 Mark Hundesteuer. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die Hundesteuer mit **300 M. für Gebrauchs- und 1000 Mark für Luxushunde** endgültig angenommen. Beschlossen wurde, daß **Wachhunde von der Steuer nur freibleiben** sollen, wenn im **Umkreise von 300 Metern vom Wohnort des Besitzers kein zweites Gebäude steht.**

Weitere Gewaltaten der belgischen Soldateska.

Meldungen aus **Hamborn** zufolge hat sich an die **Erschießung des deutschen Schutzbeamten durch den belgischen Polizeibeamten Schmitz eine weitere Reihe Gewalttaten** gereiht. Am 26. März wurde der Konditorgehilfe **Hasenkamp**, der auf einem Personenauto neben dem Chauffeur saß, **ohne Grund von einem belgischen Posten durch einen Schuß in den Hinterkopf** und einen solchen in den Oberarm **so schwer verletzt**, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Ferner wurde **am hellen Tag in Hamborn** auf der Kaiser-Wilhelmstraße ohne jeden Grund der Arbeiter **Schneider** von einem **belgischen Soldaten durch einen Schuß in die Beine** verletzt.

Kurze polit. Nachrichten.

* **Houghtons Programm.** Nach seinem Abschiedsbesuch bei Präsident Harding erklärte **Houghton**, der jetzt als **Botschafter** der Vereinigten Staaten nach **Berlin** geht, seine erste Aufgabe werde sein, einen **Schiedsvertrag** zustandezubringen, der die beiderseitigen **Ansprüche** regelt.

* **Zur maritimen Abrüstung.** Der amerikanische **Senat** hat das Abkommen über die **Rüstungseinschränkungen** zur See mit 74 Stimmen gegen 1 **ratifiziert.**

* **Verhaftungen in München.** In der russischen Monarchistenaffäre, die sich in Berlin abspielte, wurde auf Ersuchen der Berliner Kriminalpolizei in einer Pension in **Schwabing, wo die beiden Attentäter** bis zum Samstag gewohnt hatten, Haussuchungen gehalten. Dabei wurde eine Menge Schriftstücke in russischer Sprache gefunden; die Übersetzung der Schriftstücke wird vielleicht nähere Aufklärung bringen. **Mehrere Russen**, die in der Pension wohnten, wurden vorläufig in Haft genommen. Ob sie mit den Attentätern in politischer Verbindung gestanden haben, wird die Untersuchung ergeben.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

DZ. **Karlsruhe**, 31. März.

Der Landtag führte heute die Generaldebatte über das Landwirtschaftsbudget zu Ende. — Abg. Dr. **Mattes** (D. Vp.) erörterte allgemein wirtschaftspolitische Gesichtspunkte.

Abg. **Sack** (Z.) sagte, die Zukunft Deutschlands liege im deutschen Grund und Boden. Die Landwirtschaft brauche günstige Lebensbedingungen und gute Fachschulen, nur dann werde sie in der Lage sein, die Produktion zu steigern. Stadt und Land kennen sich leider zu wenig. Redner verurteilt die Spekulation mit der Not des Volkes als Verbrechen und fordert Revidierung der Handelsgenehmigung für Lebensmittel.

Abg. **Schön** (D.) stellte fest, daß der Getreidehandel verteuernd gewirkt habe. Redner wandte sich gegen Auslassungen von Zentrumsseite, die sich mit seiner Person und dem Genossenschaftsverband beschäftigen.

Ihm erwiderte der Abg. **Föhr** (Z.), der sich sodann über die Frage der Valutaschulden verbreitete. Die Gemeinden handelten seinerzeit beim Milchbezug aus der Schweiz unter einem gewissen Zwange. Singen a. H. schulde allein 345 320 Franken. Wäre eine Abtragung bei besserem Kurse möglich gewesen, so hätten bedeutende Summen gespart werden können. Es sei nur zu wünschen, daß jetzt die Abtragung in schnellem Tempo erfolgt. Den Gemeinden müsse geholfen werden, wenn sie nicht den Bankrott ansagen sollen. Ein Siebentel des Etats von Singen verschlinge allein die Verzinsung der Milchschuld. Ein Zusammenbruch der Gemeinden am Oberrhein wäre von der verhängnisvollsten Wirkungen für den Kredit des Reiches.

Abg. **Schmidt**-Bretten (Dntl. Vp.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie und sagte, die Zwangswirtschaft habe die Moral aufs Äußerste gefährdet. Redner gab eine Darstellung der Verhältnisse bei Aufstellung der Landbundlisten und sprach gegen die Getreideumlage.

Minister **Remmele** erläutere nochmals den Standpunkt der Regierung zur Frage der Valutaschulden. Die Milchschulden datierten aus den Jahren 1916 und 1917. Irgendein Vorwurf könne dem Staat und dem Reich nicht gemacht werden, wohl aber tragen diese die moralische Mitverantwortung. Eine Ausfuhr nach der Schweiz sei behindert gewesen infolge des dort zeitweilig erlassenen Einfuhrverbots für deutsche Waren. Wir werden uns nach Möglichkeit bemühen, für die Gemeinden Erleichterungen zu schaffen. Auch die Städte sind schwer betroffen durch ihre Hypothekenschulden. Der Minister stellt gegenüber aufgetauchten Vermutungen fest, daß sämtliche Geschäftsbücher der Landwirtschaftskammer vorhanden seien. Er knüpft daran die Bitte, den Streit über die Landwirtschaftskammer allmählich einebben zu lassen, um keine falschen Vorstellungen zum Schaden der Landwirtschaft zu erwecken. Die Regierung werde im Benehmen mit dem Vorstande bestrebt sein, die Dinge zu verhüten, die berechtigter Kritik unterworfen worden waren. Der Übergang zur freien Wirtschaft war nicht überall von Erfolg begleitet. So mangelt es an Zucker, und wir können deshalb die Wünsche der Imker nach verstärkter Zuckerlieferung nicht erfüllen.

Abg. **Roesch** (S.) nimmt sich gleichfalls der verschuldeten Grenzgemeinden an. Die moralische Mitverantwortung des Landes sei nicht von der Hand zu weisen. Redner forderte rasche Genehmigung, sobald die Möglichkeit zur Holzausfuhr vorliege.

Minister **Remmele** verwies auf die Widerstände privater Interessentenkreise, die seitens der zuständigen Reichsbehörden zu überwinden seien und die die Ausfuhrbewilligung verzögerten. — Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen und dem Schlußwort des Berichterstatters, des Abg. **Weißhaupt** (Z.), der mit Freude feststellte, daß die Debatte recht ergiebig und reich an praktischen Vorschlägen war, wurde die Aussprache abgeschlossen. Die Anträge betr. billige Brotversorgung und Topinambur fanden Annahme. — Morgen Einzelberatung. Schluß 7¼ Uhr.

•

Karlsruhe, 31. März.

Auf eine kurze Anfrage des Abg. **Rösch** (Soz.) erwiderte Minister **Remmele**, daß zur Regulierung des deutsch-schweizerischen Grenzverkehrs demnächst Besprechungen der beteiligten Behörden stattfinden. Die Sache gestalte sich außerordentlich schwierig infolge der schlechten Valuta.

Darauf wurde in die Einzelberatung des **Landwirtschaftsbudgets** eingetreten. Die Anforderungen für die Landwirtschaftskammer **von 117 500 M.** jährlich brachten eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen dem Abg. **Gebhard** (Landbund), der Präsident der Kammer ist und den Zentrumsabgeordneten **Weißhaupt, Rüger** und Dr. **Schofer**. Gleich diesen stellte auch Abg. Dr. **Glockner** (Dem.) die Objektivität des Leserschen Berichts fest.

Der Abg. **Gebhard** seinerseits nahm beleidigende Bemerkungen für den Richterstand in bezug auf die abgeschlossenen Verfahren zurück und versicherte, für Ordnung innerhalb der Landwirtschaftskammer besorgt zu sein.

Abg. Frau **Unger** (USP.) forderte Schutz der Kleinpächter.

Abg. **Sack** (Ztr.) wünscht Vermehrung und weitgehende Förderung der landwirtschaftlichen Winterschulen, die nach und nach ganz in die Hand des Staates übergehen sollten.

Darnach nahm das Haus einen Bericht des Abg. **Weißhaupt** über die erneuten Ausschußverhandlungen zur Frage der **Getreideumlage** entgegen, die zu folgendem Antrag führten:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, auf die Reichsgesetzgebung in der Weise einzuwirken, daß die Beibehaltung des Getreideumlageverfahrens nur für das Wirtschaftsjahrs 1922/23 und nur unter folgenden Bedingungen zugelassen werde:

1. der neue Umlagepreis muß mindestens den Produktionskosten entsprechen, die im Wirtschaftsjahr 1922/23 aufzuwenden waren;
2. der Unterschied zwischen Markt- und Umlagepreis wird durch billigere Abgabe von Dünge- und Futtermitteln, insbesondere von Kleie ausgeglichen, um damit die Produktion zu steigern;
3. als Marktpreis gilt der Berliner Börsenpreis für inländisches Getreide im Durchschnitt der Monate Oktober/November 1922;
4. die Produktion der künstlichen Düngemittel ist seitens der Reichsregierung mit allen Mitteln zu fördern, so daß die Lieferung der für die Landwirtschaft nötigen Mengen sichergestellt ist und zwar zu Preisen, die die Produktionskosten nicht übersteigen;
5. dem Zwischenhandel mit Getreide und Kartoffeln sind Schranken zu ziehen, um der sachlich unbegründeten Teuerung zu steuern;
6. verbilligtes Brot soll gegen Brotmarken denen zugute kommen, deren Einkommen das noch zu fixierende Existenzminimum nicht erreicht, oder die sonstwie in eine Notlage geraten sind."

Die weitergehenden Anträge des Landbunds und der Sozialdemokraten wurden in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 7 bezw. 48 gegen 23 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt, darauf die einzelnen Ziffern obigen Ausschußantrages jeweils mit großer Mehrheit und schließlich der Gesamtantrag mit 38 gegen 23 Stimmen der Linken bei restlicher Stimmenthaltung angenommen.

Finanzminister **Köhler** teilt außerhalb der Tagesordnung mit, daß der Reichstag gestern abend der Neuregelung der Besoldungsordnung in allen Lesungen zugestimmt habe. Er bittet Ausschuß und Plenum sich zur Verfügung zu halten für eine am Montag dem Hause zugehende entsprechende Vorlage zugunsten der badischen Beamten. Das Gesetz soll gleichfalls am 1. April in Kraft treten. Angesichts der finanziellen Lage der Beamten sei Eile dringend geboten.

An diese Erklärung knüpfte sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte mit dem Ergebnis, daß am Freitag, den 7. April vormittags eine Vollsitzung eingeschoben wird. Das Landwirtschaftsbudget dürfte heute nachmittag vollends erledigt werden.

Nächste Sitzung 3 Uhr.

Schluß ½2 Uhr.

•

Neue Eingänge.

DZ. Der **Verein badischer Lehrer an gewerblichen Schulen** hat eine **Eingabe** an den Landtag gerichtet, worin er um Verbesserung der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse ersucht.

Die Zentrumsfraktion hat folgenden **Antrag** eingebracht: Die badische Regierung wird ersucht, auf die Reichsgesetzgebung in der Weise einzuwirken, daß die **Beibehaltung des Getreideumlageverfahrens** nur unter folgenden Bedingungen gestattet wird: 1. Der Unterschied zwischen Markt- und Umlagepreis wird durch billigere Abgabe von Dünge- und Futtermitteln, insbesondere von Kleie ausgeglichen, um damit die Produktion zu steigern; 2. dem Zwischenhandel mit Getreide und Kartoffeln sind Schranken zu ziehen, um der sachlich unbegründeten Teuerung zu steuern; 3. verbilligtes Brot soll gegen Brotmarken denen zugut kommen, deren Einkommen das noch zu fixierende Existenzminimum nicht erreicht oder welche sonstwie in Notlage geraten sind.

•

DZ. Nach § 35 des **Fortbildungsschulgesetzes** vom 19. Juli 1918 sind die Vorschriften des Gesetzes, die sich auf die äußere Einrichtung und den Betrieb der Fortbildungsschule beziehen, bereits mit dem 19. Juli 1918 in Kraft getreten; für die Durchführung der materiellrechtlichen Vorschriften dagegen wurde eine Übergangszeit von 3½ Jahren vorgesehen. Eine Vorlage an den Landtag empfiehlt nun, das Unterrichtsministerium zur Nachsichtserteilung zu ermächtigen, soweit in einzelnen Gemeinden noch besondere Verhältnisse, ihre wirtschaftliche Lage usw. eine Verschiebung des Einführungstermines des Gesetzes über den Schuljahrsbeginn 1923 hinaus, rechtfertigen. Diese Frist wird sich bis zum Schuljahrsbeginn 1925/26 erstrecken. Aus dem hessischen Schulgesetz soll eine Bestimmung übernommen werden, welche die Möglichkeit bietet, die Strafe für Schulversäumnis nach den jeweiligen Lohnverhältnissen des Fortbildungsschulpflichtigen zu bemessen. Durch Erhöhung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl auf 25 will man eine Angleichung an das Wochenstundendeputat der Gewerbelehrer erreichen. Der Aufwand, der dadurch entsteht, daß eine Gemeinde durch statutarische Bestimmung die Fortbildungsschulpflicht für Mädchen auf 3 Jahre ausdehnt und die Zahl der Wochenstunden einschließlich des Religionsunterrichts auf 8 erhöht, wird als **gesetzlich gebotener Aufwand** behandelt.

Schwarzbrenner in Bühlertal.

Amtlich wird mitgeteilt: In einer der letzten Nächte wurde in Bühlertal, Amt Bühl, eine vom Ministerium des Innern im Benehmen mit dem Landesfinanzamt angeordnete polizeiliche Kontrolle auf unerlaubtes Brennen vorgenommen. Bei den Durchsuchungen, die in der gleichen Weise wie bei den früher anderwärts durchgeführten Kontrollen erfolgten, wurden Schwarz- und Geheimbrenner festgestellt; das zu unerlaubter Verarbeitung bestimmte Material wurde beschlagnahmt.

Lohnbewegung im Baugewerbe Baden und Pfalz

Das Schiedsgericht vom 29. März 1922 beauftragte die drei neutralen Schiedsrichter Emele, Frisch und Schulenburg, den Schiedsspruch zu fällen, der am 30. März mit folgendem Wortlaut einstimmig gefaßt wurde:

1. In den Tarifgebieten Pfalz, Unterbaden, Mittelbaden und Oberbaden wird für die Zeit vom 1. bis 30. April 1922 sämtlichen Arbeitern (mit Ausnahme der jugendlichen und Junggesellen) auf die zurzeit bestehenden Löhne eine Teuerungszulage von 3,25 M. für jede Arbeitsstunde gewährt.
2. Junggesellen und jugendliche Arbeiter erhalten den ihnen nach den Tarifverträgen in den einzelnen Tarifgebieten zustehenden prozentualen Anteil von dem den Vollarbeitern gewährten Zuschlag von 3.25 M.
3. Die in den Bezirkstarifverträgen bezeichneten Zuschläge werden vom 1. April 1922 ab gegenüber dem Stande vom 1. Dezember 1921 vervierfacht.
4. Alle übrigen Anträge werden zur unmittelbaren Regelung an die Vertragsparteien zurückverwiesen.
5. Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches ist bis Montag, den 3. April 1922, mittags 12 Uhr, dem Arbeitsministerium Karlsruhe zu übermitteln.

Zum Fall Kornmajer

erhält der „Bad. Beobachter" folgende Zuschrift:

„Sehr geehrte Schriftleitung! „Ich habe zwar nicht die Absicht, den Staub, den der „Fall Kornmajer" aufzuwirbeln scheint, zu vermehren, aber als aufmerksamer Beobachter der Vorgänge im wirtschaftlichen und politischen Leben durch Lesen von Zeitungen verschiedener parteipolitischer Richtungen kann ich es mir nicht versagen, meine Gedanken über diesen „neuesten Fall" in Ihrem geschätzten Blatte zum Ausdruck zu bringen. Die **„Karlsruher Zeitung"** brachte in ihrer Freitagsnummer eine Erklärung des Vorsitzenden der Ortsgruppe Karlsruhe des Verbandes badischer Oberbeamtenvereine, wonach der **Leiter der Versammlung „die Ausführungen des Herrn Dr. Kornmajer sofort als unsachlich in bestimmter Form und mit Zustimmung aus der Versammlung zurückgewiesen habe"**, als kurz und bündig gesagt, der **Verband schüttelte den Genannten von seinen Rockschößen.** Daß es nun Herr Dr. K. fertig bringen kann, tags darauf eine Berichtigung" in der „Bad. Presse" erscheinen zu lassen, zeugt von einer wirklichen Naivität, um die ich den Herrn bewundern muß. Er hätte doch wahrhaftig allen Grund gehabt, über seine „Entgleisung" zum mindesten Gras wachsen zu lassen. — Dazu kommt noch folgendes: In der Gegenwart wird der Richterstand außerordentlich stark angegriffen, da man in weiten Kreisen des arbeitenden Volkes — wie ich schon dutzendemale in den verschiedensten Blättern gelesen habe — anscheinend kein festes Vertrauen in die Unparteilichkeit der Rechtsprechung mehr haben will. Es war daher sehr unangebracht, daß Herr Dr. K. gerade als **richterlicher** Beamter derartige Äußerungen getan hat, die mit den wirklichen Tatsachen nicht in Einklang zu bringen sind und welche sogar sein eigener Kollege, der Vorsitzende des Verbandes, mündlich und schriftlich tadelnd zurückweisen mußte. Übrigens trifft auch die in der „Berichtigung" durch genannten Herrn angegebene Höhe des Gehaltes des badischen Ministers, soweit ich feststellen konnte, keineswegs zu. Von einem richterlichen Beamten hätte man wohl erwarten dürfen, daß er die seinen Angaben zugrunde gelegten Zahlen nicht mehr oder minder willkürlich annimmt oder daß er mit ganz unsicheren Voraussetzungen operiert, d. h. etwas behauptet, dann wieder einschränkt und von allerlei Möglichem und Ungewissem abhängig macht.

Vorstehende Zeilen bezwecken keineswegs eine Rechtfertigung des bad. Finanzministers, denn um das zu tun, halte ich ihn selbst Manns genug dafür; meine Absicht war nur, wie dies schon jüngst mehrfach in verschiedenen Zeitungen gerügt wurde, darauf hinzuweisen, **auf welch tiefe Stufe gegenwärtig in Parlamenten**, sowie in **Versammlungen der Verhandlungston gesunken** ist. Gewiß entspricht auch der Ton, den Herr Dr. Kornmajer in seiner Berichtigung anzuschlagen beliebte, auf keinen Fall der Würde, wie er sonst auch im schriftlichen Verkehr eingehalten zu werden pflegte. —o—"

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Das **Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 23** veröffentlicht den Nachtrag zu dem Gesetz vom 4. August 1921 über die Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1920 und 1921.

DZ. **Lohnbewegung in der badischen Landwirtschaft.** Die beiden Arbeitnehmer-Organisationen der Badischen Landwirtschaft haben den landwirtschaftlichen Lohntarifvertrag auf den 1. April 1922 gekündigt. Sie verlangen für die Stundenlöhne ohne Kost und Wohnung 3 M. Zuschlag pro Stunde bei den männlichen Arbeitskräften und bei den weiblichen Arbeitskräften 2 M. Ähnliche Erhöhungen werden für die Knechte und Mägde, die in voller Kost und Wohnung stehen, verlangt. Wie wir hören, lehnte der badische land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband diese Forderungen ab. Die Lohnverhandlungen finden in der kommenden Woche statt.

DZ. **Kronau**, 30. März. Zwei junge **Mordbuben** von 19 Jahren, namens **Leonhard Hillenbrand** und **Leonhard Reichert** mißhandelten einen etwas schüchternen Knaben von 15 Jahren in der rohesten Weise mit Schlägen und hingen sodann den Gepeinigten mit einem Strick an einem Baum auf. Kurz bevor er starb, schnitten sie ihn ab. Die Verbrecher sind verhaftet.

DZ. **Freiburg**, 30. März. Wie die „Volkswacht" mitteilt, ist man bei der hiesigen **Eisenbahnbetriebswerkstätte umfangreichen Kupferdiebstählen** auf die Spur gekommen. In der Wohnung eines auf der Werkstätte beschäftigten Kupferschmiedes wurde ein Zentner Kupfer vorgefunden. Auch zwei Werkmeister entwendeten größere Mengen dieses wertvollen Metalles. Der sich zu den Kommunisten zählende Kupferschmied war auch Betriebsrat.

DZ. **Lörrach**, 28. März. Die **Bauernvereinigung Tannenkirch** hat dem hiesigen **städtischen Kinderheim** in der Herrenstraße **eine umfangreiche Sendung Kartoffeln, Bohnen, Weißmehl usw. als Ostergabe überwiesen.** Dieses Verständnis für die Not der armen Kinder verdient reiche Nachahmung.

DZ. **Radolfzell**, 28. März. Eine Frau aus **Oehningen** wurde abgefaßt, als sie gerade **Eier** in die **Schweiz schmuggeln** wollte. Leider ist dieser Eierschmuggel umfangreicher **als man denkt.** Das Überbieten trägt auch mit dazu bei, daß **die Eierpreise in der Bodenseegegend immer höher werden.**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus der Landeshauptstadt.

* **Werbeabend im Verkehrsverein.** Die gestrige Abendveranstaltung im Städtischen Konzerthaus bewies, in welch geschickter und vornehmer Weise der Verkehrsverein Karlsruhe für seine Ziele zu werben versteht. Schöne Heimatlieder, gesungen von dem Doppelquartett des Karlsruher Turnvereins von 1846, wohlgelungene Violinsoli mit Klavierbegleitung, ausgeführt von den Herren Ulrich Schmid und Erich Hahn, sowie äußerst wirksame Filmdarstellungen aus Karlsruhe und dem Schwarzwald, umrahmten in bester Weise das gesprochene Wort. Der 1. Vorsitzende des Vereins, Konsul Menzinger hieß die Anwesenden herzlich willkommen. Verkehrsdirektor Lacher sprach in längerem Vortrage über die Aufgaben und Ziele des Verkehrsvereins. Baden sei durch den unglücklichen Krieg Grenzland geworden und habe viel verloren. Es drohe die Gefahr der Abschnürung, des Verfalles. Da müßten nun alle Kräfte in Bewegung gesetzt werden, um dies zu verhindern. Das Ausland müsse durch eine geschickte Propaganda auf die Schönheiten unseres Landes aufmerksam gemacht werden. Das Ausland beneide uns um unsere Museen, unsere Kunststätten, unsere landschaftlichen Erholungsorte und nicht zuletzt um unsere hervorragenden Schulen. Über Baden müßten die internationalen Verkehrsstränge geleitet, Karlsruhe müsse zu einem Knotenpunkt des Verkehrs ausgebaut werden. Die Herbstwoche werde auch in diesem Jahre in Karlsruhe abgehalten werden und wiederum ein Spiegelbild der geistigen, künstlerischen und wirtschaftlichen Gestaltung unserer Stadt und Badens bieten. Redner appelliert an alle Badener, insbesondere die Karlsruher, alles daran zu setzen, um der Heimat zu dienen, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben und mit dem Wohle des ganzen Landes das Wohl des Einzelnen wachsen.

DZ. **Die gestrige Vollversammlung der Handelskammer Karlsruhe** beschloß anläßlich des Todes ihres früheren stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Fabrikanten Leopold Koelsch, die Vorstandssitze von 3 auf 4 zu erhöhen. Vorsitzender ist bekanntlich Kommerzienrat Richard Gsell. Zu seinen Stellvertretern wurden gewählt die Herren Generaldirektor Dr. Gustav Doderlein, Bankdirektor und Konsul Robert Nicolai und Dipl.-Ing. Karl Kuenkel. Als Ersatzmann für Herrn Kölsch in seiner Eigenschaft als Kammermitglied wurde Fabrikant Heinrich Knippenberg gewählt.

Staatsanzeiger.

Die Darmstädter Pferdemarktlotterie betr.

Dem **Landespferdezuchtverein für Hessen** in Darmstadt wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 8000 Losen der von ihm zu veranstaltenden Lotterie anläßlich des Darmstädter Frühjahrs-Pferdemarktes — Preis des Loses 2,50 M. und 50 Pf. Reichsstempelabgabe, Ziehung: 17. Mai 1922 — im Badischen Staatsgebiet erteilt.

Karlsruhe, den 27. März 1922.

Ministerium des Innern.
Remmele. Schmidt.

Im Einverständnis mit dem Ministerium der Finanzen wurde Ingenieurpraktikant Gerhard Müller von Karlsruhe auf Ansuchen in der Liste der Ingenieurpraktikanten gestrichen.

Karlsruhe, den 24. März 1922.

Arbeitsministerium.
Der Ministerialdirektor:
J. A.: Imhoff. Fuchs.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Versetzt:

Bezirksarzt Dr. Heinrich Schmid in Meßkirch nach Emmendingen.

Justizministerium.

Ernannt:

Justizoberinspektor Heinrich Stroh bei der Staatsanwaltschaft am Oberlandesgericht zum Ministerialoberrechnungsrat beim Justizministerium, und Ministerialrechnungsrat Albert Stalter beim Justizministerium zum Justizoberinspektor bei der Staatsanwaltschaft am Oberlandesgericht.

Versetzt:

Justizobersekretär Heribert Engler beim Amtsgericht Karlsruhe zum Justizministerium.

Zuruhegesetzt auf Ansuchen:

Ministerialoberrechnungsrat Gottfried Dietsche beim Justizministerium, Justizsekretär Friedrich Bach beim Landgericht Freiburg.

Evang. Kirchenregierung.

Die Evangelische Kirchenregierung hat den Pfarrer Viktor Menner in Kenzingen als Pfarrer der Gottesauer-Pfarrei Karlsruhe bestätigt.

Die Evangelische Kirchenregierung hat den Pfarrer Hans Seufert in Kork als Pfarrer der Westpfarrei (Gemeindehaus) Karlsruhe bestätigt.

Badisches Landestheater.

Samstag, 1. April. 5½ b. n. 10 Uhr. M. 30.—.

Zum ersten Male. **Peer Gynt.**
Ein dramatisches Gedicht von Henrik Ibsen.
Musik von Edward Grieg.

Im Landestheater. So. 2.* **Fra Diavolo. Tanzbilder.** 6½. (50.00.) — Die. 4.* **Judith.** 6½ (25.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2301—2600, 3251—3400. — Mi. 5.* **Der fliegende Holländer.** 7. (40.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3051—3250, 3401—3500. — Do. 6.* **Katte.** 7. (25.00.) — Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1401—1600. — Fr. 7.* **Alessandro Stradella.** 7. (40.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 401—700. — Sa. 8.* **Des Meeres und der Liebe Wellen.** 7. (25.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1—300 — So. 9. **Peer Gynt.** 5. (40.00.)

Im Konzerthaus. So. 2.* **Zwangseinquartierung.** 7. (21.00.) — Mo. 3.* **IV. Musikalische Abendfeier.** 7½. (16.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1—200, 2601—3100, alle Nummern über 3574. — Fr. 7. Volksbühne. L 1. **Kater Lampe.** 7. — So. 9.* **Deutscher Volksliederabend.** 7. (21.00.) — Die. 11.* Volksbühne. H 8. **Der Pfarrer von Kirchfeld.** 7. (21.00.) — Mi. 12. Volksbühne. L 2. **Kater Lampe.** 7.

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem. jeweils am Vortag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10—½1, 4—6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 1., nachm. ½4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 3. an.

Im Landestheater. So. 16. **Parsifal.** 4. (55.00.) — Mo. 17. **Parsifal.** 4. (55.00.)

Vorkaufsrecht zu beiden Aufführungen am Freitag, den 7., nachm. ½4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf von Samstag, den 8. an. Am Samstag, den 8. ist die Vorverkaufskasse nachmittags geschlossen.

Konzerthaus.

Badische Lichtspiele A.159

jeweils 6 Uhr nachm. und 8¼ Uhr abends

Samstag, den 1. u. Dienstag, den 4. April.

Die Entwicklung der Buchdruckerkunst.
Müllverbrennungsanstalt d. Stadt Altona.
Das Rote Kreuz im Weltkriege (Vortrag).

Meßterwoche.

Verkaufsstellen wie bekannt, s. Anschlagsäule.

Altes { **Silber u. Gold Platin Brillanten**

kauft zu allerhöchsten Preisen A.58

Emil Feißkohl
Juwelier
Karlsruhe. Kaiserstraße 67.

Altpapier

Druckstampf, Zeitungen und Akten **kaufen** zu den höchsten Tagespreisen

Kerzner, Alpern, Weißmann & Cie.

Beiertheimer-Allee 3 Teleph. 702 u. 301.

Auf Wunsch wird die Ware abgeholt.

Beschluß.

Gezwungen durch die Verhältnisse und zwecks Fortbestandes der deutschen Presse verpflichtet hiermit der Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger E. V. (Baden-Pfalz) in Übereinstimmung mit sämtlichen Kreisvereinen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger alle seine Mitglieder, ab 1. März bezw. spätestens ab 1. April ds. Js. ihre **Bezugs- und Anzeigenpreise entsprechend zu erhöhen.**

Karlsruhe, den 27. Februar 1922.

Der Vorstand
des Vereins südwestdeutscher Zeitungsverleger E. V.

Die unterzeichneten Karlsruher Zeitungen haben infolgedessen ihre Bezugspreise entsprechend und ihre Anzeigenpreise zu gleicher Zeit um mindestens ⅓ zu erhöhen beschlossen.

Karlsruhe, den 31. März 1922.

Verlag des Badischen Beobachters,
Verlag der Badischen Landeszeitung,
Verlag der Badischen Presse,
Verlag des Karlsruher Tagblattes,
Verlag der Karlsruher Zeitung,
Verlag des Volksfreunds.

Unser Blatt kostet für den Monat April 1922 M. 21.— einschließlich Bestellgebühr. Der Einzelverkauf beträgt pro Nummer M. 1.—.

Verlag der Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger.

Amtliche Bekanntmachung.

Kaminfegergebühren betr.

Mit Zustimmung des Stadtrats und Vollziehbarkeitserklärung des Herrn Landeskommissars wird der durch ortspolizeiliche Vorschrift vom 13. Oktober 1921 festgesetzte Teuerungszuschlag von 150% zu den Grundgebühren der Kaminfeger mit Wirkung vom 1. Februar ds. Js. auf 300% erhöht. M.679

Karlsruhe, den 7. März 1922.

Badisches Bezirksamt. O.-B. 38

M.680. **Karlsruhe.** Dr. Erwin Westermann bei der Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, vormals Allgemeine Versorgungsanstalt in Karlsruhe, als Bevollmächtigter der Berechtigten, hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung folgender Urkunden beantragt:

A. Urkunden ausgestellt von der Allgemeinen Versorgungs-Anstalt im Gr. Baden jetzt Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit:

1. Rentenschein der Jahresgesellschaft 1848/49 Kl. I B Nr. 130 der **Antonia Höhler Witwe geb. Kuenzer,** früher in Jöhlingen, jetzt im Spital zu Hüfingen.

2. Vertrags-Urkunde Nr. 58422 vom 1. April 1886, lautend auf den Namen des **Adam Hollstein,** Weichenstellers a. D. in Weiterode (Bez. Cassel).

3. Lebensversicherungs-Urkunde Nr. 93897 vom 11. August 1892, lautend auf den Namen des **Max Gölitz,** Kaufmanns in Chemnitz, Roßmarkt 4.

4. Lebensversicherungs-Urkunde Nr. 163628 vom 7. Januar 1903, lautend auf den Namen des **Paul Bartsch,** Rentiers in Berlin O 34, Ebertystraße 52.

5. Lebensversicherungs-Urkunde Nr. 165842 vom 30. Mai 1903, lautend auf den Namen des **Johann Wilhelm Engel,** früher Techniker in Braunschweig, jetzt Bauunternehmer in Flensburg (Schl.-H.), Cläden str. 6.

6. Lebensversicherungs-Urkunde Nr. 169192 vom 23. Oktober 1903, lautend auf den Namen des **Dr. Friedrich Maßmann,** Amtmanns in Eickel i. Westfalen.

7. Hinterlegungsschein v. 23. April 1903, lautend auf den Namen des **Paul Kunkowski,** früher Telegraphenassistent in Danzig, jetzt Obertelegraphensekretär in Köln-Nippes, Scharnhorststraße 6, zur Lebensversicherung Nr. 108056 vom 11. November 1894.

8. Hinterlegungsschein v. 5. Juli 1900, lautend auf den Namen des **Staas Krominga,** Lehrers in Blumenthal (Hannover), zur Lebensversicherung Nr. 132988 vom 11. August 1898.

B. Urkunden ausgestellt von der Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt:

9. Lebensversicherungs-Urkunde Nr. 121231 A vom 19. Juli 1911, lautend auf den Namen des **Salomon Oppenheimer,** Kaufmanns in Frankfurt a. M., Grüneburgweg 74.

10. Hinterlegungsschein vom 23. März 1914, lautend auf den Namen des **Wilhelm Lehrenkrauß,** Kaufmanns in Stuttgart, Friedrichstraße 10, zur Lebensversicherung Nr. 29907 vom 30. November 1879.

11. Hinterlegungsschein vom 18. Januar 1913, lautend auf den Namen des **Moritz Wasser,** Kaufmanns in Krotoschin, zur Lebensversicherung Nr. 72397 vom 11. Dezember 1888 auf das Leben des Nathan Jacob, Handelsmanns in Krotoschin.

12. Hinterlegungsschein vom 29. Juni 1911, lautend auf den Namen des **Heinrich Wiechers,** Fabrikarbeiters in Ardey b. Langschede (Westfalen) zur Lebensversicherung Nr. 118154 vom 11. Mai 1896.

13. Hinterlegungsschein vom 19. August 1907, lautend auf den Namen des **Wilhelm Hoffäß,** früher Betriebsassistent, jetzt Eisenbahnoberinspektor in Karlsruhe, Weinbrennerstraße 16, zur Lebensversicherung Nr. 121866 vom 1. Dez. 1896.

14. Hinterlegungsscheine vom 20. Dezember 1911, lautend auf die Namen des **Johannes Rave,** Kaufmanns und der Frau Sophie Rave geb. Dreyer, beide früher in Beaulieu-sur-Mer, jetzt in Hannover, Cellerstr. 50, zu den Lebensversicherungen Nr. 176895 vom 9. November 1904 und Nr. 176896 vom 9. November 1904.

Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf:

Donnerstag, 16. Novbr. 1922, vormittags 11 Uhr

vor dem Badischen Amtsgericht Karlsruhe, Abteilung B I, Akademiestraße Nr. 2, I. Stock, Zimmer Nr. 28, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Karlsruhe, 21. März 1922.

Gerichtsschreiberei Bad. Amtsgerichts B I.

Aufgebot.

M.651.2 **Meßkirch.** Der Schrankenwärter **Martin Mägerle** in Überlingen hat beantragt, seinen am 21. Juni 1854 zu Krozenheinstetten geborenen und seit 1875 verschollenen Bruder **Mathias Mägerle,** zuletzt wohnhaft in Krozenheinstetten für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Montag, den 16. Oktober 1922, vormittags 11 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Meßkirch, 20. März 1922.

Bad. Amtsgericht.

M.624.2 **Radolfzell.** Der Schlosser **Jakob Margraf** in Gottmadingen hat als Abwesenheitspfleger beantragt, den verschollenen **Urban Sauter,** geb. am 24. Mai 1860 in Gottmadingen, zuletzt wohnhaft daselbst, für tot zu erklären.

Der Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Donnerstag, 14. Dez. 1922, vormittags 10 Uhr,

vor dem Amtsgericht Radolfzell anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Radolfzell, 30. Jan. 1922.

Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts 2.

Jagd-Verpachtung.

Bad. Forstamt Wollbach in Lörrach verpachtet öffentlich **Mittwoch, den 5. April ds. Js., vorm. 11 Uhr,** auf seinem Geschäftszimmer die Ausübung des Jagdrechts auf der seitherigen Selbstverwaltungsjagd im Domänenwaldbezirk **„Hinterer Mättlerwald"** auf Gemarkung Wollbach, Hägeberg, Schlächtenhaus und Wittlingen mit 784 Hektar für die Zeit vom 1. Februar 1922 bis 31. Januar 1929.

Die Bedingungen können auf unserem Geschäftszimmer eingesehen werden. M.621.2.

Nutzholzversteigerung

des bad. Forstamts Graben in Bruchsal im „Wolf" in Bruchsal, jeweils vorm. 9 Uhr.

Montag, den 10. April 1922
aus Domänenwald II Kammerforst Abtlgn. 4, 7, 12 bis 17, 20 bis 22, 30, 32: 47 Buchen I.—V. Kl., 253 Eichen I.—V., 30 Eschen II., IV., V., 134 Erlen III. bis VI., 5 Pappeln III., 3 Birken V., 1 Linde IV., 241 Forlen-Stämme und Abschnitte aller Klassen.

Dienstag, den 11. April 1922
aus Domänenwald II Kammerforst Abtlgn. 5, 6, 10, 11, 20, 30, aus Domänenwald III Büchenauer Hardt Abtlg. 9, 16:

8 Buchen II.—IV., 37 Hainbuchen III.—V., 20 Eichen I.—V., 29 Eschen II.—IV., 60 Erlen III.—V., 4 Weißrusche IV.—V., 3 Linden III.—V., 219 Forlen-Stämme und Abschnitte I.—III. u. IV., 93 weymutskieferne, 61 esch. Derbstgn., 800 forlene Reb- und 2400 forlene Bohnenstecken; 20 Ster buchene, 78 Ster eichene, 2 Ster esch., 39 Ster erlene Nutzrollen.

Das Holz in II 4—17 zeigt Oberforstwart Heneka in Neuthard, jenes in II 20 bis 30 Oberforstwart Heil in Neudorf, jenes in III Förster Weiß in Büchenau.

Losauszüge nach Voreinsendung von 5 M. durch das Forstamt. M.670.2.1

Wir vergeben die Maurerarbeiten für den Umbau von 3 kleineren Brücken zwischen St. Georgen und Peterzell. Pläne und Bedingungen liegen bei uns auf; kein Versandt nach auswärts. Angebotsformulare sind bei uns erhältlich. Angebote sind portofrei mit entsprechender Aufschrift versehen bis **Samstag, den 8. April ds. Js., vormittags 9 Uhr,** bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 8 Tage.

Villingen, 29. März 1922.

Bahnbauinspektion.

Vergebung von Tiefbauarbeiten zur Herstellung des Erdloses von Profil 15+00 bis Profil 23+705 der Nebenbahn Bretten—Kürnbach hauptsächlich bestehend aus: 22 000 cbm Erdbewegung, 13 500 qm Andecken von Rasen, 200 cbm Böschungsbefestigung, 2750 qm Wegbefestigung, ferner Herstellung von ca. 25 lfd. m Bahn und Wegdohlen. Maßgebend für diese Verdingung ist die Verordnung des bad. Ministeriums der Finanzen vom 3. Jan. 1907. Bedingungsheft und Pläne liegen in unserem Geschäftszimmer zur Einsichtnahme auf. Angebotsvordrucke werden dort nur an persönlich erscheinende Bewerber abgegeben. Angebote mit der Aufschrift „Erdarbeiten für Los II der Nebenbahn Bretten—Kürnbach" sind bis spätestens **Dienstag, den 18. April, nachmittags 3 Uhr,** verschlossen und postfrei bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. M.673.2.1

Bretten, 29. März 1922.

Bahnbauinspektion.

Badisch-Württembergischer Güterverkehr.

Im Tarif vom 1. April 1922 sind die Entfernungen der badisch. Knotenstationen 48—54 (Riegel—Müllheim, i. B.) mit den Stationen Mähringen und Maichingen und mit den Stationen Neufra bei Rottweil und Neufra (Donau) je mit einander verwechselt und daher umzustellen. Ferner sind die Entfernungen Konstanz—Fischbach und Wiesensteig u. Pforzheim—Hirsau von 55, 128 und 75 in 75, 218 und 25 zu ändern. M.672

Karlsruhe, 29. März 1922.

Eisenbahn-Generaldirektion.

Wechselverkehr deutscher Eisenbahnen, Gemeinsames Heft A.

Am 1. April l. J. tritt der Nachtrag 6 zum Gemeinsamen Heft A in Kraft. Er kann käuflich bezogen werden. M.681

Karlsruhe, 30. März 1922.

Eisenbahn-Generaldirektion.